

chen Ersatzwahl in die Regierung verzichten würde. Lieber wäre es mir, er würde sich vermehrt den tatsächlichen Aufgaben seines wichtigen Departements widmen und ausgewogene Lösungen für anstehende Herausforderungen erarbeiten. Für das wurde er gewählt und für das wird er von uns Steuerzahlern auch entlohnt.

Pius Bürge

Präsident Junge CVP Kanton SG
Aufeld 17, 9607 Mosnang

Ein neues dunkles Kapitel

Eine schwarze Geschichte, 22.7.10

«Die schwarzen Brüder» ist in aller Munde. Für das Musical wird geworben, auf das dunkle Kapitel Schweizer Geschichte aufmerksam gemacht. Auch «Kinder der Landstrasse» und die neuerdings aufgedeckten Missstände bei Heimkindern sind tragische Vorfälle, die ein dunkles Licht auf unsere Behörden und untätigen Politiker werfen.

Leider lernen Schweizer Behörden nichts. Aktuell wird das dunkle Kapitel «Scheidungskinder» geschrieben. Systematisch werden tagtäglich Kinder von ihren Vätern getrennt. «Die entväterten Kinder» wird einst ein Musical heissen, dass auf das zurzeit geschriebene dunkle Kapitel Schweizer Geschichte aufmerksam machen wird. Für all die Kinder, die heute ohne einen sinnvollen Kontakt zu ihrem Vater aufwachsen müssen, wird dies leider zu spät sein. Dafür wir die Schweiz mit ihrer rückständigen Haltung um einen schwarzen Fleck in der weissen Weste reicher.

Patrick Baumann

für www.doubtfire.ch
Landquartstr. 59, 9320 Arbon



Im Sommerregen

Leser Hartmann Meyer aus Herisau fotografierte auf der Neuenalp im Toggenburg

Politik gegen das Volk

Der Bundesrat und die KdK, die Konferenz der Kantonsregierungen, sehen für die Schweiz kaum mehr einen Weg ausserhalb der EU. Es interessiert unsere Regierungen dabei offensichtlich keinen Deut, dass zwei Drittel der Schweizerinnen und Schweizer nicht in die EU wollen und dafür gute Gründe haben: mehr Volksrechte, weniger Arbeitslosigkeit, tiefere Steuern.

Ebenso ignorieren unsere Regierungen, dass drei Viertel der EU-Bürger gerne auch in ihrem Land Lebensbedingungen wie in der Schweiz hätten. Davon können sie in ihrer Heimat jedoch nur träumen. Jedes Jahr verlegen darum nahezu 100 000 Menschen aus den EU-Staaten ihren Lebensmittelpunkt in die Schweiz. Souveränität, Selbstbestimmung und die Gewissheit, mit eigener Leistung etwas erreichen zu können, machen unser Land für viele attraktiv. Doch statt auf die vielbenedeten Stärken und Vorzüge der Schweiz zu setzen, ergehen sich unsere Regierungen in Zweifeln bis zur Selbstaufgabe: Was für eine feige Haltung! Wegen lauer Drohgebärden unserer «Freunde» wollen sie

sich der EU an den Hals werfen. Lassen wir es doch darauf ankommen. Verzichten wir auf den Abschluss weiterer Verträge beim Agrarfreihandel und beim Dossier Strommarkt. Daran ist die EU ohnehin stärker interessiert als die Schweiz. Im Laufe ihrer langen Geschichte hatte unser Land schon ganz anderen Druck mächtiger Nachbarn auszuhalten als heute. Und nie hat der Schweiz dieser Druck geschadet – ganz im Gegenteil: Jedesmal ging sie durch die Kombination von Flexibilität und Standhaftigkeit gestärkt aus diesen Phasen hervor.

Die einzige Schwäche der Schweiz ist ihre heutige politische Führung. Dies hat die EU offensichtlich erkannt und macht darum entsprechend Druck. Die Zukunft und das Wohlergehen der Schweiz liegen jedoch nicht in den Händen der EU und ihrer Bürokraten. Wir Schweizer sind gefordert und dafür verantwortlich!

Herbert Huser

Kantonsrat SVP
Präsident SVP Rheintal
Trogenerstr. 60b, 9450 Altstätten

Die Illusion von rentablen Ostmi

In der Presse wird über die angebliche Forderung der EU nach weiteren 1,6 (Ost-)Milliarden spekuliert. Nach der im 2006 vom Volk bewilligten und als klar einmalig garantierten Ostmilliarde soll die Schweiz schon wieder Geld in die sterbende EU pumpen. Verständlich, dass sich auf diese Meldung mehrheitlich negative Stimmen aus der Bevölkerung meldeten. Man bedenke, dass die EU bereits Hilfszahlungen für die Ostländer wegen Korruption stoppen musste.

Es ist eine Frechheit, dass nun die EU-Turbos sowie die Medien die Situation zugunsten einer weiteren Zahlung beschönigen und eine angebliche Rentabilität und Rückfluss dieser imaginären Investition vortäuschen. Die Behauptung, dass sich die Ostmilliarde profitabel für die Schweiz auswirke, ist schlicht und einfach nicht wahr. Bis heute ist nicht einmal die ausgezahlte Milliarde in unsere Wirtschaft zurückgeflossen, und bereits werden weitere 1,6 Milliarden gefordert. Zudem ist hinzuzufügen, dass die an